

Dem Umverteilungs- und Subventionsstaat einen Riegel schieben

3x Nein zu neuen Steuern auf Energie

Am 24. September 2000 kommt ein Dreierpaket von Energievorlagen zur eidgenössischen Volksabstimmung. Namentlich sind dies die Solarinitiative, die Förderabgabe und die als Umweltabgabe getarnte Grundnorm. Alle diese Vorlagen sind unnütz, untauglich, ungerecht sowie unzeitgemäss. Sie belasten die Steuerzahler und Konsumenten mit zusätzlichen Milliardenbeträgen. Der Tenor muss daher lauten: „Jetzt ist genug!“ Auf die verfehlte Energiepolitik des Bundes gibt es nur eine richtige Antwort. Legen Sie im Herbst ein wuchtiges, dreifaches Nein zu neuen Energiesteuern in die Urne!

Die drei Energievorlagen, über die Volk und Stände am 24. September abstimmen werden, haben alle etwas gemeinsam: Sie zielen darauf ab, der Bürgerin und dem Bürger weitere finanzielle Mittel zu entziehen, um diese darauf an ausgewählte Kreise in der Bevölkerung zurückfliessen zu lassen. Konkret: Nicht erneuerbare Energieträger (Erdöl, Gas, Kohle, Uran etc.) sollen verteuert werden, vordergründig um den Konsumenten zu zwingen, bei diesen Energieformen Einsparungen zu machen. Lediglich in der Art und dem Umfang, wie die Abgaben verwendet werden sollen, unterscheiden sich die Vorlagen. Im Herbst wird somit zu einer veritablen Treibjagd geblasen. Die Beute sind die Staatskasse bzw. die Steuergelder; die Jäger sind die Subventionsempfänger und Umverteiler. Besonders stossend ist dabei, dass sich zahlreiche bürgerliche und wirtschaftliche Kreise sowie die Landwirtschaft und die Bergkantone mit dem links-grünen Lager ins gleiche Bett legen.

Benzin und Diesel werden teurer

Bei einer Annahme der Energievorlagen würde der Treibstoff massiv teurer. Der Aufschlag betrüge pro Liter Benzin/Diesel insgesamt 25 Rappen. Kommt hinzu, dass aufgrund des am 1. Mai 2000 in Kraft getretenen CO₂-Reduktionsgesetzes in ein paar Jahren von einem Zuschlag von weiteren 50 Rappen pro Liter Benzin/Diesel ausgegangen werden muss. Total könnte sich der Treibstoff aufgrund neuer Steuern mittelfristig also um bis zu 75 Rappen pro Liter verteuern.

Die zur Abstimmung kommenden Energiesteuern tragen dem technologischen Fortschritt im privaten Strassenverkehr in keiner Weise Rechnung. Die Anstrengungen der Branche, den Benzin- bzw. Dieselverbrauch der Fahrzeuge laufend zu reduzieren, sind unbestritten und von Erfolg gekrönt. Ein Teil des Betrages, den ein modernes Vehikel dank geringerem Treibstoffverbrauch heute einspart, würde nun in Form einer Energiesteuer wieder draufgeschlagen – der Effort der Automobil- und Motorradindustrie zugunsten der Konsumenten somit mit einem Schlag zunichte gemacht. Kritikern, die erwidern, der heutige Treibstoffpreis sei sowieso zu niedrig und eine Anpassung nach oben zu verkräften, sei in Erinnerung gerufen, dass der

Bund von einem Liter verkauftem Treibstoff schon jetzt rund 85 Rappen als Steuer einheimst. Allein bei einer Annahme der Umweltabgabe und der Solarinitiative würde der Staat sogar rund Fr. 1.10 pro Liter einkassieren. Zusammen mit der CO₂-Abgabe würde die Schmerzgrenze der 2-Franken-Marke überschritten. Bei solch trüben Aussichten kann der Tenor des Auto- und Motorradfahrers nur noch lauten: „Jetzt ist genug!“

Staat setzt falsche Prioritäten

Alle drei Energievorlagen sind

- unnütz, weil sie die angepeilten Ziele nicht erreichen werden und keinen Beitrag an das Energiesparen leisten;
- untauglich, weil sie der Wirtschaft und Gesellschaft nicht dienen und die Energiepolitik auf Irrwege führen;
- ungerecht, weil sie die einen favorisieren und die anderen leer ausgehen lassen;
- unzeitgemäss, weil sie quer zum Trend der Liberalisierung und Deregulierung liegen sowie die Prioritäten der staatlichen Aufgaben missachten.

Tatsächlich liegt der Handlungsbedarf des Staates nicht primär im Energiesektor. Ein Energiesparen mit den falschen Mitteln oder die massive Förderung erneuerbarer Energien haben angesichts der anstehenden Steuerprojekte im Sozial- und Gesundheitsbereich, neuer Mehrwertsteuerprozente für die AHV-Revision sowie der Bedürfnisse für die Sanierung der maroden Staatskasse keinen prioritären Charakter.

Gefährliche Eigendynamik

Falls eine der drei Vorlagen gutgeheissen würde, ist noch lange nicht bekannt, wie die Ausführungsgesetze aussehen und welche gefährliche Eigendynamik diese Abgaben entwickeln werden. Auf diesem Gebiet hat es bereits genug böse Überraschungen gegeben. Zum Beispiel bei der Mehrwertsteuer-Vorlage: Heute wird von einem Steuersatz von bis zu 15 Prozent in einigen Jahren ausgegangen, weil sich die Schweiz – auch als Nicht-EU-Mitglied – Europa anpassen muss. Von Steuersenkungen, die im Gegenzug gewährt würden, redet kaum mehr ein Politiker – geschweige denn der Bundesrat. Dieser will allein für die Sicherung der Sozialwerke die Mehrwertsteuer in den nächsten Jahren um mehrere Prozente anheben.

Bei den Energievorlagen gilt es deshalb, das Motto „Wehret den Anfängen!“ zu beherzigen und am 24. September ein wuchtiges, dreifaches Nein in die Urne zu legen. Damit wird dem Umverteilungs- und Subventionsstaat vorerst ein Riegel geschoben.

Bern, den 13. Juli 2000